Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständen und in allen Kneipen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM, für Familienanzeigen 0.20 RM, für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Montag den 11. November 1929 — Nummer 262

Uebertritt einer SPD-Reichstagsabgeordneten zur KPD!

Die Hamburger Volkszeitung 8 Tage vor den Wahlen verboten / Zwei schwere Eisenbahnunglücke, 7 Tote!

An die sozialdemokratischen Arbeiter!

Warum ich aus der SPD austrat und Mitglied der KPD wurde

Am heutigen Tage, dem Jahrestage der deutschen Revolution, trete ich aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Kommunistische Partei Deutschlands über. Mich haben alle Ereignisse der letzten Zeit überzeugt, daß die Politik der SPD nicht nur eine Reihe schwerer Fehler aufweist, sondern grundsätzlich den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft.

Ich habe früher, wie viele Arbeiter in der SPD, an die Möglichkeit einer inneren Erneuerung der Partei geglaubt und es deshalb für meine Pflicht gehalten, im Rahmen der SPD in diesem Sinne zu wirken, um mit verhindern zu helfen, daß bei dem unvermeidlichen Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Kapital die SPD auf die Seite des Klassenfeindes übergeht. Während meiner Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde es mir klar,

daß bei der Führerschaft der SPD nicht einmal mehr der Wille vorhanden ist, die sogenannten demokratischen Mittel für die Vertretung der Arbeiterinteressen anzuwenden.

Viele Arbeiter glauben, daß die Uebernahme von Aemtern und Würden im kapitalistischen Staatsapparat einem Vorteil für das Proletariat bedeute, daß man auf diesem Wege die Staatsmacht erobern und den Sozialismus verwirklichen kann. Je mehr Sozialdemokraten aber zu Amt und Würden gelangten, um so reaktionärer wurde der Kurs der Bourgeoisie gegen die Arbeiter. Es zeigte sich, daß die Bourgeoisie den Sozialdemokraten diese Funktionen nur deshalb übertrug, weil sie nur mit aktiver Hilfe der Sozialdemokratie ihre Unterdrückungs- und Terrorpolitik durchführen kann. Nur so erklärt sich:

daß — selbst bis weit in Bürgerkreise hinein aufs schärfste verurteilt — ungeheuerliche Verhalten des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel am 1. Mai;

der trotz feierlicher Wahlversprechungen bewilligte Panzerkreuzerbau;

die unter sozialdemokratischer Mitregierung von der Bourgeoisie rücksichtslos durchgeführten Zollerhöhungen und dadurch erwirkte Senkung des Reallohnes;

der Abbau der sozialen Einrichtungen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung;

die Steuergeschenke an die Kapitalisten durch die Hilferdinganleihe;

die weitere Massenbelastung durch das Zündholzmonopol und die geplanten weiteren Monopol- und Steuervorschläge Hilferdings;

das von Severing vorbereitete Republikschutzgesetz, sowie das geplante Vereinsgesetz, das die reaktionären wilhelminischen Gesetze an Brutalität und Arbeiterfeindlichkeit überbietet;

das Verbot von Arbeiter-Wehrorganisationen bei gleichzeitiger Duldung faschistischer Wehrverbände.

In derselben Richtung liegt der Abschluß des Konkordats mit der katholischen Kirche, der nur mit Hilfe der SPD möglich war und charakteristisch ist für den kulturreaktionären Kurs, den die SPD im Interesse der Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Zentrum durchführt.

Dazu gehört weiter die zynische imperialistische Politik der Sozialdemokratie gegenüber Sowjetrußland, die der Kriegspolitik des Weltkapitals gegen die Sowjetunion nicht nur Vorspann leistet, sondern die durch ihre Verleumdungstaktik die Bourgeoisie übertrifft, obwohl die Führer der Sozialdemokratie wissen, welche entscheidende Niederlage es für das gesamte Weltproletariat bedeuten würde, wenn es gelänge, Rußlands gigantischen Versuch, ein sozialistisches Gemeinwesen aufzubauen, gewaltsam zum Scheitern zu bringen.

Die österreichischen Vorgänge beweisen, daß die Führer der SP Oesterreichs, und zwar im vollen Einverständnis mit dem SPD-Parteivorstand, die österreichischen Arbeiter dem Faschismus ausliefern, bewußt deren Kampfwillen brechen.

Wie weit diese Politik der ideologischen Vergiftung selbst in den Kreisen der unteren Partei- und Betriebsfunktionäre gediehen ist, erlebte ich in erschütternder Weise in einer Parteiausschußsitzung in Hannover anläßlich der Panzerkreuzeraffäre. Dort verlangte man von mir Argumente für Ausreden, mit denen man gegenüber den empörten Betriebsarbeitern diese arbeiterschädliche Politik der SPD rechtfertigen könnte und war über meine oppositionelle Haltung entrüstet.

Auch die vollkommene Geringschätzung des Befreiungskampfes der Frau durch die Sozialdemokratie und ihre offen zur Schau getragene Mißachtung der Fabrikarbeiterinnen und werktätigen Frauen, die steigende Ausschaltung der Frau selbst in der Partei, wie sie besonders bei der Aufstellung der Kandidatenlisten bei Wahlen zum Ausdruck kommt, beweist auch in dieser Frage die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie.

Ueberzeugt davon, daß es innerhalb der Sozialdemokratie keine Umkehr mehr zu einer Arbeiterpolitik gibt, überzeugt davon, daß die Führung der SPD bewußt einen arbeiterfeindlichen Kurs durchführt, wobei ihr alle Mittel der Verleumdung und des Terrors tauglich erscheinen, trete ich zur Kommunistischen Partei Deutschlands als der einzigen revolutionären Arbeiterpartei über.

Mein Mandat werde ich nicht niederlegen, sondern es innerhalb der kommunistischen Fraktion im Interesse aller Unterdrückten ausnutzen. Ich bin überzeugt, daß Hunderttausende sozialdemokratischer Wähler, die sich von der SPD betrogen fühlen, diesen meinen Schritt billigen werden.

Ich fordere alle sozialdemokratisch organisierten Arbeiter auf, die, wie ich, schon lange über die Politik der SPD empört sind, mit der Sozialdemokratie zu brechen und in die KPD einzutreten.

Hannover, 9. November 1929

Maria Reese, M. d. R.

Kommunistischer Wahlerfolg in Lübeck

KPD-Mandate von 5 auf 7 erhöht — Sozialdemokratische Rollkommandos schlagen kommunistische Arbeiter blutig!

Lübeck, 11. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag fanden die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft statt. Das Gesamtergebnis zeigt folgendes Bild (wobei die Stimmen und die Mandatszahlen der letzten Bürgerschaftswahl 1926 in Klammern vermerkt sind):

Kommunisten	6 714	(4 751)	7 Mandate (5)
Sozialdemokraten	33 225	(31 839)	34 Mandate (33)
Hansrat. Volksbund (vereinigte Rechte)	27 868	(32 940)	29 Mandate (36)
Demokraten	2 612	(1 719)	2 Mandate (2)
Zentrum	886	(866)	1 Mandat (1)
Haus- u. Grundbesitz	781	(—)	— (—)
Nationalsozialisten	6 338	(—)	6 Mandate (—)

Zu den Wahlen selbst ist zu bemerken, daß ein Reichsbannerrollkommando während des Wahltages unser Parteilokal in Lübeck zu stürmen versuchte, aber durch die revolutionäre Arbeiterschaft daran gehindert wurde. Ein anderes Reichsbannerrollkommando in Stärke von 70 Mann überfiel am Sonnabendabend 2 kommunistische Arbeiter, die aufs scheußlichste mißhandelt und blutiggeschlagen wurden. Ein großer Fackel- und Demonstrationszug am Sonnabend war die Antwort darauf.

Unter kommunistischen Druck

Böß tritt zurück

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie der MM erfährt, ist damit zu rechnen, daß der Magistrat bereits in der auf Donnerstag angesetzten Stadtverordnetenversammlung den Rücktritt des Oberbürgermeisters Böß mitteilen wird.

Herr Böß kapituliert also vor dem kommunistischen Mißtrauensantrag, bevor dieser angenommen werden konnte.

Artikel 48 in Hamburg!

Hamburger Volkszeitung bis auf weiteres verboten

Hamburg, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitag belegte ein polizeiliches Aufgebot die Druckereiräume der kommunistischen Hamburger Volkszeitung und des für die Provinz Schleswig-Holstein erscheinenden Organs Norddeutsche Zeitung. Die Polizei überbrachte eine Verordnung des Senats, der beschlossen hat, auf Grund des berüchtigten Diktaturartikels 48 der Weimarer Verfassung das Erscheinen der Hamburger Volkszeitung und der Norddeutschen Zeitung, sowie etwaiger Ersatzblätter, bis auf weiteres zu verbieten.

Begründet wird das Verbot mit der Motivierung, daß die beiden Organe zum Ungehorsam gegen die Gesetze und gegen die polizeilichen Demonstrationsverbote, sowie zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und dadurch Veranlassung gegeben hätten, „daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederholt erheblich gestört und gefährdet wurden".

Artikel 48! Der hat hergehalten am Ebertschen Reichswehreinmarsch in Sachsen und Thüringen. Der hat zum Verbot der KPD Ende 1923 gedient.

Jetzt verbietet man, eine Woche vor den Wahlen, die kommunistischen Organe für Hamburg, Lübeck, Altona und die ganze Provinz Schleswig-Holstein. Warum? Weil unser Hamburger Bruderblatt ganz mit Recht das provokatorische Verbot der 7.-November-Demonstration durch den sozialdemokratischen Polizeisenator Schönfelder als einen schmachvollen und zum Widerstand aufreizenden Akt charakterisiert hat. Darum werden „bis auf weiteres" die kommunistischen Organe unterdrückt.

Wir wollen den tieferen Sinn dieses Willkürakts nicht verschweigen: In Hamburg, ebenso wie in Berlin, liegt die Kommunistische Partei mit der Sozialdemokratie in erbittertem Kampfe um die Mehrheit der Arbeiterschaft. Für die deutsche Bourgeoisie ist es von ganz besonderer Bedeutung, ob in Hamburg, dem größten Import- und Exporthafen Europas, diesem Ausfalltor des deutschen Imperialismus, die Arbeiterschaft unter kommunistischer oder sozialdemokratischer Führung steht.

Unter sozialdemokratischer Führung — d. h. passiv, die Kapitalsherrschaft dulden.

Unter kommunistischer Führung — d. h. in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Arbeiter für den revolutionären Aufstand schulen, für die Erringung der proletarischen Diktatur, für die Zerreißung des ganze Arbeitergenerationen belastenden Youngplanes.

Um die klassenbewußten Arbeiter ihres Sprachrohrs zu berauben, um die Aufklärung über die arbeiterfeindliche Politik der Koalitionsregierung und des Hamburger Koalitionssenats zu verhindern, um die Wahl am 17. November in eine Niederlage der Kommunistischen Partei zu verwandeln, darum der schamlose Terrorakt des Hamburger Zeitungsverbots.

Wir beglückwünschen unsere beiden jetzt verbotenen Bruderorgane zu ihrer mutigen revolutionären Haltung und sind gewiß, daß unsere Genossen an der Wasserkante, vor allem in den Betrieben, genügend Mittel und Wege finden werden, um die von den Sozialfaschisten beabsichtigte Wirkung des Verbots illusorisch zu machen. Die Kommunisten und die Arbeiterschaft in ganz Deutschland müssen sie unterstützen.

Nieder mit dem weißen Terror der Sozialfaschisten!

Es lebe der Sieg der kommunistischen Liste am 17. November!